



JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

Sonstige Beschlüsse

des 46. NRW-Tages
am 26.-27. November 2011



Beschluss 1

Klares Bekenntnis zum Berlin/Bonn-Gesetz!

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen steht für die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes (Berlin/BonnG) und der darin festgeschriebenen Zusagen an die Bundesstadt Bonn und die umliegende Region. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung an die Vorgaben des Gesetzes hält. Dies betrifft sowohl Standortentscheidungen einzelner Bundesministerien wie auch die Gesamtzahl der in der Bundesstadt Bonn anzusiedelnden Arbeitsplätze des Bundes.

Die Bundesstadt Bonn ist untrennbar mit zahlreichen Errungenschaften der deutschen Nachkriegsgeschichte verbunden. Auf diese können alle Deutschen nach wie vor stolz sein. In Bonn wurde das Grundgesetz formuliert, die Stadt ist somit die Wiege unserer Demokratie. Die Bonner Republik steht für Westbindung und soziale Marktwirtschaft, sie ist die Republik Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Helmut Kohls. Die Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin ist zudem Ausdruck eines lebendigen deutschen Föderalismus, den die Urheber unserer Verfassung bewusst festgeschrieben haben. Die Junge Union NRW bekennt sich klar zu diesen historischen Leistungen.

Im Berlin/Bonn-Gesetz kommt der politische Wille zum Ausdruck, dass die Bundeshauptstadt Berlin – 40 Jahre lang Symbol der deutschen Teilung – nach der Wiedervereinigung wieder Sitz von Parlament und Regierung Deutschlands sein sollte. Gleichzeitig regelt das Gesetz jedoch angesichts der Leistungen der Bundesstadt Bonn zum Aufbau des demokratischen Deutschlands eine „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ (§ 1 Abs. 2 Berlin/BonnG) zwischen Bonn und Berlin. Durch diese Zusicherung konnte der Umzugsbeschluss überhaupt erst zu Stande kommen und sie kann nachträglich nicht zu Ungunsten einer Seite verändert werden. Vielmehr setzen die Menschen in Bonn sowie in der umliegenden Region auf Kontinuität, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Politik und erwarten – gerade von der CDU – dass die auf Dauer angelegten Regelungen eingehalten werden. Dazu zählen der Erhalt und die Förderung politischer Funktionen verschiedener Politikbereiche sowie der Erhalt des größten Teils der Arbeitsplätze der Bundesministerien in der Bundesstadt Bonn.

Die Junge Union NRW erteilt vor diesem Hintergrund jeder Forderung nach einem Komplettumzug aller Bundesministerien nach Berlin eine klare Absage. Die dafür ins Feld geführte Argumentation, dass die Konzentration der Bundesregierung in Berlin Kosten für die Zweiteilung des Regierungssitzes einsparen würde ist nicht sachgerecht. Zwar beziffert der Bundesrechnungshof die jährlichen Teilungskosten auf ca. 10 Millionen Euro – Tendenz dank moderner Kommunikationstechnologien sinkend. Jedoch wird von den Befürwortern eines Komplettumzugs verschwiegen, dass ein solcher geschätzte 3 bis 5 Milliarden Euro kosten würde. Geht man von einer Kreditfinanzierung und einem moderaten Zinssatz von 2,5% aus würde dies eine zusätzliche Zinsbelastung von mindestens 75 Millionen Euro pro Jahr – Tilgung nicht eingerechnet – mit sich bringen. Mit anderen Worten: Der Komplettumzug würde den Bundeshaushalt pro Jahr um das 7,5-fache des Pendelbetriebs belasten. Angesichts der dramatischen Verschuldung des Bundes ist eine weitere Kreditaufnahme für einen Umzug der Bundesregierung nach Berlin – gerade aus Sicht der jungen Generation – nicht akzeptabel. Der Teilumzug von Parlament und Regierung im Jahr 1999 hat ohnehin bereits rund 10 Milliarden Euro gekostet.

Beschluss 2

Weiterbau der A 46

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, die vollständigen Planungen für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 46 zwischen Hemer und Arnsberg-Neheim sowie den Weiterbau bis Brilon und der Bundesautobahn A33 im Teutoburger Wald unverzüglich wieder aufzunehmen.

Beschluss 3

Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Universitäten in NRW

Der Landesverband der JU NRW fordert die rot-grüne Landesregierung auf, die angekündigten Kompensationszahlungen für den Wegfall der Studiengebühren an die Universitäten im vollen Umfang vorzunehmen. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen für den bevorstehenden doppelten Abiturjahrgang 2013 überprüft und die dringend notwendigen finanziellen Voraussetzungen an den Universitäten geschaffen werden.

Beschluss 4

Arbeitsmarktpolitik

1. Die JU NRW spricht sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer nach einer angemessenen Einarbeitungszeit konsequent umzusetzen. Die Tarifpartner sind aufgefordert, die angemessene Einarbeitungszeit auszuhandeln. In diesem Zusammenhang begrüßt sie die Absicht der Bundesregierung, im Frühjahr 2012 eine Kommission zur Findung einer Höchstabweichungsdauer von Equal Pay einzusetzen, sofern sich die Tarifvertragsparteien in der Branche bis dahin nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag verständigen können.
2. Die JU NRW hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.
3. Die JU NRW setzt sich dafür ein, dass ausreichende gesetzliche Möglichkeiten für befristete Beschäftigung erhalten bleiben. Das erhöht die Erwerbschancen gerade vieler Geringqualifizierter und öffnet Unternehmen die notwendigen Spielräume für flexible Beschäftigung. Diese Möglichkeiten verlangen aber auch einen verantwortlichen Gebrauch seitens der Arbeitgeber.

Beschluss 5

„Zentrum für verfolgte Künste“ unterstützen

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen sieht mit Freuden die Entstehung des im Aufbau befindlichen „Zentrums für verfolgte Künste“ in Solingen durch privates Engagement und die Stadt Solingen sowie den Landschaftsverband Rheinland und die Else-Lasker-Schüler-Stiftung. Das „Zentrum für verfolgte Künste“ in Solingen ist bundesweit die einzige Einrichtung, die sich speziell der Thematik „verfolgte Künste“ in beiden Diktaturen und darüber hinaus widmet. Die Junge Union Nordrhein-Westfalen begrüßt ausdrücklich die aktuellen Überlegungen das Zentrum für verfolgte Künste in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes zu integrieren und fordert die Mitglieder der JU und CDU in allen Parlamenten daher nachdrücklich auf, den Aufbau und den Bestand dieses einzigartigen Zentrums zu unterstützen und zu sichern sowie sich für dessen Aufnahme in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einzusetzen.

Beschluss 6

Wirtschaftswissen ist Allgemeinbildung

Modellversuch „Wirtschaft an Realschulen“ evaluieren.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, die notwendigen finanziellen Mittel zur wissenschaftlichen Evaluation des Modellversuchs „Wirtschaft an Realschulen“ zur Verfügung zu stellen. Aus den teilnehmenden Schulen sind die erfolgreichsten Projekte zusammen zu fassen und ein entsprechender Lehrplan sowie wissenschaftlich fundierte Lehrmittel zu erarbeiten.